



Schulsanierungen: Bürger entscheiden mit

Erstmals erhalten die Chemnitzer Gelegenheit mitzudiskutieren, welche Vorhaben die Stadt in Angriff nehmen soll.

VON MICHAEL MÜLLER

Wenige Tage vor Beginn des neuen Schuljahres sollen die Chemnitzer ab morgen erstmals eine Möglichkeit erhalten, darüber mitzentscheiden, welche Schulen in den kommenden beiden Jahren saniert werden. Ihre Vorschläge können sie bis 12. September über eine eigens eingerichtete Internet-Plattform der Stadt, aber auch persönlich, per Post, Fax oder über die Behördenrufnummer 115 abgeben. Die Meinungen sollen in eine Prioritätenliste einfließen, die der Stadtrat am 19. September beschließen wird.

Die Stadtverwaltung geht aktuell von einem Sanierungsrückstau in Höhe von 280 Millionen Euro aus, von dem laut Michael Stötzer, Amtsleiter Gebäudemanagement und Hochbau, vor allem Grund- und Mittelschulen betroffen sind. Rund 38 Millionen Euro stehen 2013 und 2014 zur Verfügung, um sanierungsbedürftige Schulen auf Vordermann zu bringen. Möglich macht dies ein Förderprogramm des Freistaats.

Weil aber bereits bis Ende September alle Vorhaben beantragt sein müssen, bleiben den Chemnitzern nur zwei Wochen Zeit, um ihre Mei-

nung kundzutun, erläutert Gunda Georgi vom Bürgermeisteramt. „Wir haben bereits in den vergangenen Wochen die Schulen, uns bekannte Elternvertretungen und Vereine angeschrieben und darauf hingewiesen.“ Eine Verlängerung des Abstimmungszeitraums sei nicht möglich.

Die denkbaren Sanierungsvorhaben in den Chemnitzer Schulen werden ab morgen im Internet aufgeführt und auch im neuen „Amtsblatt“ der Stadt zu lesen sein. Die Teilnehmer an der Abstimmung können daraus jeweils fünf Maßnahmen benennen, die ihnen als besonders dringend erscheinen. Die Ergebnisse dieses Beteiligungsver-

fahrens werden dem Stadtrat vorgelegt, der dann die abschließende Entscheidung trifft.

Die Abstimmung zum Schulauswahlprogramm stellt zugleich den Startschuss für das Modellprojekt Bürgerhaushalt dar. Dessen Ziel ist es, die Chemnitzer direkter in Entscheidungen darüber einzubeziehen, wofür die Stadt Geld ausgeben soll. Wer sich an der Diskussion beteiligt, soll eigene Ideen einbringen, Prioritäten vorschlagen oder mit anderen über das Für und Wider einzelner Vorhaben diskutieren können. Verwaltung und Stadtrat erhoffen sich, so Entscheidungshilfen für ihre Arbeit zu erhalten.

Um Verzerrungen durch Manipulationen einzudämmen, wie sie bei Internet-Abstimmungen gelegentlich vorkommen, müssen die Teilnehmer sich zunächst mit einer gültigen E-Mail-Adresse anmelden, kündigte Georgi an. Daraufhin erhalten sie ein Passwort. Obwohl es um rein Chemnitzer Themen geht, sollen auch Auswärtige mitbestimmen und diskutieren dürfen, so die Amtsleiterin. Ein Ausschluss von Nicht-Chemnitzern sei schon rein technisch nicht möglich, zudem ergäben sich dadurch Möglichkeiten, dass etwa auch auswärts lebende Großeltern oder rückkehrwillige Chemnitzer sich beteiligen können.

Wie dieses Instrument der Bürgerbeteiligung in Zukunft genutzt wird, hängt laut Gunda Georgi nicht zuletzt von den Ergebnissen des morgen startenden Pilotprojekts ab. „Wir haben bereits Ideen für weitere Themen, wollen aber erst einmal Erfahrungen sammeln“, sagte sie. Gleichwohl seien die Teilnehmer eingeladen, nicht nur abzustimmen und zu debattieren, sondern auch eigene Vorschläge einzubringen, bei welchen Themen sie die Bürger enger einbezogen wissen wollten.

ABSTIMMUNG UND DISKUSSION vom 29. August bis 12. September im Internet unter buengerhaushalt.chemnitz.de

Das neue Schuljahr in Chemnitz

Zum ersten Mal seit Jahren steigt die Zahl der Schüler an den kommunalen Chemnitzer Schulen wieder leicht an. Prognosen gehen von mehr als 23.900 Schülern von der 1. Klasse bis zur Berufsschule aus - gut 100 mehr als im vergangenen Schuljahr. Die Zahl der Schulanfänger steigt um etwa 200 auf knapp 1700 an.

Mit Ausnahme zweier Grundschulen sind die 70 kommunalen Schulen und Gymnasien der Stadt laut Bürgermeister Philipp Rochold derzeit in ihrem Bestand gesichert. Wegen zu weniger Anmeldungen gibt es an der Hans-Säger-Schule in Hutholz im neuen Schuljahr keine 1. und keine 3. Klasse mehr. Sollte sich an der Situation bis Herbst 2013 nichts ändern, droht die endgültige Schlie-

ßung. An der Grundschule Klaffenbach liegen laut Stadtverwaltung derzeit genügend Anmeldungen vor.

Für Kopierkosten stellt die Stadt allein im ersten Schulhalbjahr zusätzlich 250.000 Euro in den Haushalt ein. Sie folgt damit einem Grundsatzurteil des Oberverwaltungsgerichts Bautzen. Pro Schüler macht dies 9 Euro (Mittelschule) bis 24 Euro (Grundschule) mehr.

Ganztagsangebote wird es im kommenden Jahr voraussichtlich an 40 kommunalen Schulen geben. Das wären drei mehr als im Schuljahr zuvor. Für die Finanzierung wurden von den Einrichtungen 927.000 Euro beantragt - fast 300.000 Euro mehr als 2011/12. (micm)

KOMMENTAR

Guter Ansatz, falsches Thema

VON SWEN UHLIG
swen.uhlig@freiepresse.de



Der Ansatz ist richtig: Die Stadtverwaltung will die Bürger via Internet selbst an einer kommunalen Entscheidungsfindung beteiligen. Dennoch drängt sich die Frage auf, ob die Verteilung des Geldes für die Schulsanierungen das richtige Thema ist, mit dem man ein solches Projekt starten sollte. Wahrscheinlich ist, dass vor allem betroffene Eltern abstimmen, die dann natürlich für die Schule der eigenen Kinder votieren. So wird nicht danach entschieden,

wo die Sanierung dringend ist, sondern welche Einrichtung die meisten Eltern-Klicks mobilisieren kann. Zudem liegt der Verdacht nahe, dass man es im Rathaus mit der Bürgerbeteiligung ohnehin nicht ganz ernst meint. Sonst hätten die Verantwortlichen die Bürger bei wirklich entscheidenden Fragen mit einbezogen. Anlässe dafür gab es genug – die Stadtwerke-Fusion zum Beispiel oder der Stadion-Neubau. Bei diesen Themen aber wollte man im Rathaus lieber unter sich bleiben.